

Volks-Zeitung

Die Gedenk-münze zu Rhein-land-Räumung



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
 Techn.-Zeitung BERLIN VERANWORTLICH Witzblatt „ULK“
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Die Be-freiung des Rhein-land auf dem 3-Mark-Stück

GeneralKundt gefangen / Eisenbart Stegerwald Ab Mittwoch der neue Verkehrs-Tarif

Die Not-Reform

Grosse Finanzreform im Herbst

O. N. Die Reden des Reichskanzlers Dr. Brüning und des neuen Reichsfinanzministers Dietrich vor dem Reichsrat haben nunmehr das Bild endgültig entschieden, das die Linien der jetzt verlangten neuen Opfer aufzeigt. Es muss immerhin als bemerkenswert gelten, dass Kanzler und Finanzminister zuerst vor dem Reichsrat gegangen sind. Um diese veränderte Methode noch zu unterstreichen, waren die Regierungschefs und Finanzminister der Länder zu der Sitzung besonders eingeladen worden. Hier liegt mehr vor als eine Aeusserlichkeit. Die republikanischen Regierungen haben bisher nicht gerade besonderen Wert auf „Aufmachung“ oder, wie man früher so sagen pflegte, auf Regie gelegt. Offenbar soll das, jetzt anders werden. Das ist insofern ganz nützlich als durch solche Aeusserlichkeiten die finanziellen und Steuerfragen unter Umständen etwas stärker in das Bewusstsein der grossen Öffentlichkeit gehämmert werden. Wenn der Deutsche von Steuern liest, so fragt er sich höchstens, inwieweit er selber davon betroffen wird, und der Etat, das Haushaltsbuch des Reiches, ist den meisten ein Buch mit sieben Siegeln, in dessen Geheimnisse einzudringen man den Zeitungsschreibern und den Etatsspezialisten der Parteien überlässt. In England findet jedes Jahr ein Budget-Tag statt, um den Bürgern des Landes die Wichtigkeit der öffentlichen Finanzwirtschaft nachdrücklich vor Augen zu führen. In Deutschland überliess man bisher die Aufklärung über Steuern und Finanzfragen den Interessenten, deren Syndici oder Vertreter haargenau nachwiesen, dass nicht ihr Interessenkreis neue Lasten tragen könne, sondern höchstens irgendein anderer. Nach dem schönen Worte: „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!“ Wenn die Regierung Kenntnis und Verständnis für die deutsche Finanznot und die Möglichkeiten ihrer Behebung verbreiten will, so wird sie gut daran tun, ihre Zuflucht auch weiter zu neuen Publikationsmethoden zu nehmen.

Aber die Aufmachung ist natürlich nichts, wenn dahinter nicht ein entsprechender Inhalt steht. Wir haben schon gesagt, dass das Programm des neuen Finanzministers Dietrich sich von den Vorlagen seines Vorgängers vorteilhaft unterscheidet. Der Inhalt deckt sich übrigens in allen wesentlichen Punkten mit unseren damaligen Angaben. Das Notopfer der Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und der Gemeinden soll zweieinhalb Prozent von allen Nettoeinkommen über 2000 Mark betragen. Damit wird vermieden, die sozialen Abzüge mitzubesteuern, wie das bei den Moldenhauerschen Vorschlägen der Fall gewesen wäre, und es ist nur logisch, dass in diesem Zusammenhang die Kinderzulagen von vornherein freibleiben. Um aber die Beamten nicht allein opfern zu lassen, sollen für alle Einkommen über 8000 Mark 5 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden. Von den Ledigen wird ein Zuschlag von 20 Prozent erhoben werden. Die Einsparungen im Etat sollen für 1930 noch einmal 100 Millionen betragen und so mit den 85 Millionen Ersparnissen aus dem Etat für 1929 insgesamt 135 Millionen Mark ausmachen. Zu begrüssen ist entschieden, dass Herr Dietrich dem Notopfer den hässlichen Charakter der Sondersteuer genommen hat, ganz abgesehen davon, dass es nur die Hälfte der Moldenhauerschen Sätze beträgt. Die privaten Festbesoldeten werden nur insoweit erfasst, als sie ein Einkommen von über 8000 Mark haben. Das Reich will hier offenbar vermeiden, dass für die Preis- und Lohnsenkungsaktion ein Vorgriff

Das Ende der Besetzung

Die letzte Mitteilung der Botschafter-Konferenz

BERLIN, 28. Juni. (W. T. B.)

Die Botschafterkonferenz hat der deutschen Botschaft in Paris notifiziert, dass die Besetzung der rheinischen Gebiete am 30. Juni um Mitternacht beendet ist und damit auch die Tätigkeit der Rheinlandkommission ihr Ende erreicht.

Die Mitteilung der Botschafterkonferenz beseitigt auch noch die letzten Zweifel an der pünktlichen Erfüllung des Räumungsver-sprechens. Montag Mitternacht wird der letzte Besatzungssoldat den deutschen Boden verlassen. Das gesamte Rheinland ist dann von dem fremden Militär befreit. Elf Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages erlebt das deutsche Volk die lang ersehnte Befreiungsstunde für die rheinische Bevölkerung, die durch den Anblick der fremden Besatzung mehr als ein Jahrzehnt hindurch Tag für Tag die fühlbarste Wirkung der Kriegsniederlage vor Augen hatte.

Die Räumung des Rheinlandes ist das Werk einer unermüdlichen Verständigungspolitik, die die Regierungen des Reiches seit der Liquidation des Ruhrkampfes getrieben hatten. Diese Verständigungspolitik wird von der nationalistischen Reaktion seit Jahr und Tag in der niedrigsten Weise geschmäht, und wenn am morgigen Montag im ganzen Reiche eine freudig begeisterte Bevölkerung die Freiheitsstunde des Rheinlandes feiern wird, so haben diejenigen, die gegen die Verständigungspolitik gekämpft haben, keinerlei Anteil daran.

Bei den Befreiungsfeiern wird das deutsche Volk auch des

verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann gedenken, dessen Verdienst es ist, dass die Verständigungspolitik seit dem Pakt von Locarno über alle Hemmnisse und Schwierigkeiten hinweg konsequent fortgeführt werden konnte. Würde es dem verstorbenen Aussenminister vergönnt sein, am 1. Juli an den Befreiungsfeiern im Rheinlande teilzunehmen, so würden ihn zweifellos die stürmischen Huldigungen der befreiten Bevölkerung für die vielen Beschimpfungen entschädigen, die er von seiten der nationalistischen Reaktion erdulden musste.

Am 1. Juli

Aus Anlass der Befreiung der rheinischen Lande flaggen am 1. Juli im ganzen Reich alle Behörden und Stellen des Reichs, der Länder und der Gemeinden. Ausserdem werden von 12 bis 1 Uhr mittags die Kirchen sämtlicher Konfessionen ein feierliches Geläut veranstalten.

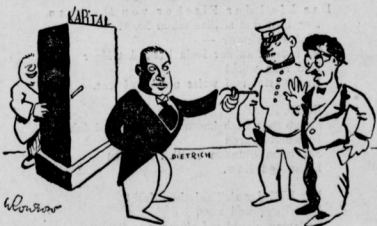
WIESBADEN, 28. Juni.

Heute vormittag legten die drei Oberkommissare der Rheinlandkommission auf dem deutschen Kriegesriedhof Kränze nieder, während der Reichskommissar Freiherr Langwerth von Simmern den gleichen Pietätsakt an den Gräbern der während der Besetzung in Wiesbaden verstorbenen englischen Soldaten vollzog. Die drei Kommissare der Rheinlandkommission werden morgen dem Reichskommissar einen Abschiedsbesuch abstatten.

geschaffen wird. Durch die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung um ein Prozent sowie durch deren Reform werden weitere 300 Millionen vereinnahmt oder erspart. Die neuen Steuern sollen als Provisorium bis zum April des nächsten Jahres gelten.

Damit ist schon ausgedrückt, dass das Provisorium in der Zwischenzeit durch ein Definitivum ersetzt sein muss. Sowohl der Kanzler wie der Finanzminister haben nun auch die grosse organische Finanzreform für den Herbst angekündigt. Sie sind sich also vollkommen klar darüber, dass wir eine wirkliche und richtige Umformung unseres Finanz- und Steuersystems brauchen. Die Erkenntnis ist da; wird der Wille auch da sein?

Das Notopfer der Beamten



Der Dietrich ist bei uns nicht nötig, Herr Finanzminister

Von diesem Willen wird man sich schon sehr bald eine Vorstellung machen können, wenn die parlamentarische Behandlung der jetzigen Notreform einsetzt. Vorläufig hat ja die Regierung Brüning zwar ein Programm, aber sie hat noch keine Mehrheit dafür. Wird man sich in den Parteiführerbesprechungen wieder auf Abwege drängen lassen? Herr Dietrich hat gewiss jetzt schon bewiesen, dass er ein anderer Kerl ist als Herr Moldenhauer. Er sieht auch den Zusammenhang zwischen den Finanzen und einer wirklichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit richtig. Es scheint ferner so, dass er sich seine parlamentarische Mehrheit von Fall zu Fall suchen will. Eine ganz kühne Erwartung, für die vorläufig noch alle Anzeichen einer Erfüllung fehlen. Allerdings hätte es die Sozialdemokratie leicht, den Hauptstücken seiner Reform zuzustimmen. Einmal verneidet der neue Finanzminister jede neue indirekte Belastung, und die Grenze des allgemeinen Steuerzuschlags von 8000 Mark trifft die Masse der Arbeiter und Angestellten nicht. Das Beamtenopfer aber ist befristet. Dennoch wird es sehr schwer sein, für ein Kabinett, das bisher so stark nach rechts tendierte, die sozialdemokratische Unterstützung zu erhalten. Andererseits wäre es unendlich zu begrüssen, wenn man in Deutschland zu begreifen begönne, dass die Frage einer geordneten Finanzwirtschaft am letzten geeignet ist, als Parteifrage angesehen zu werden. Dass Herr Brüning diesmal alle Drohungen mit dem Artikel 48 und mit Neuwahlen unterliess, dürfte auf den Rat seines neuen Finanzministers zurückzuführen sein.

Jedenfalls darf man dem Ausgang des Kampfes um die Notreform mit grossem Interesse entgegensehen. Von ihm hängen die Chancen der allgemeinen und grossen Finanzreform im Herbst vollkommen ab.